



Vierteljähriger Abonnementsspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb inkl. Porto 2 Thlr. 11 $\frac{1}{4}$  Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünfseitigen Seite in Beitschrift 1 $\frac{1}{4}$  Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 244. Mittag-Ausgabe.

Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 29. Mai 1863.

## Telegraphische Nachrichten.

**London**, 28. Mai. Der Postdampfer „Norwegian“ mit 48,000 Dollars an Bord, hat newyorker Nachrichten vom 16. d. M. in Londonderry abgegeben. Die Regierung in Washington hat die Ausfuhr von Pferden, Maulefeln und Kriegsmaterial verboten. Man glaubte, daß Lee bald die Offensive ergreifen werde. Nach einem Gericht sollte der General Beauregard (Kommandant von Charleston) Verstärkungen nach Richmond geführt haben. Man erwartete nächstens Veränderungen in dem Kabinett in Washington und einen Wechsel in den Befehlsstellen der Unionsarmee.

## Preußen.

**Berlin**, 28. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allernächst geruht: dem emeritierten evangelischen Pfarrer Dr. Seyler zu Annaburg im Kreise Torgau, den rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Unteroffizier Köpp im 1. Westpreußischen Grenadier-Regiment Nr. 6, und dem Steuer-Ausseher Schöber zu Fraustadt das allgemeine Ehrenzeichen, so wie dem Jäger Carius im Westfälischen Jäger-Bataillon Nr. 7, und dem Schiffer Pape zu Potsdam die Rettungs-Medaille am Bande; ferner dem Kaufmann Carl Gottfried Liezmann in Berlin den Charakter als Commerzien-Rath zu verleihen.

Der bisherige Gerichts-Professor v. Portgall in Wesel ist vom 1. Juli d. J. ab zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht zu Leddenburg und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Münster, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Leddenburg; und der Landgerichts-Referendarius Ludwig Föriksen in Aachen auf Grund der bestandenen dritten Prüfung zum Advokaten im Bezirk des königl. Appellationsgerichtshofes zu Köln ernannt worden.

**Berlin**, 28. Mai. [Se. Majestät der König] nahmen heut die Vorträge des Kriegsministers und des General-Lieutenants und General-Adjutanten Freiherrn v. Manteußel entgegen, empfingen den Erbprinzen zu Salm-Horstmar, Oberst-Lieutenant a. D. v. Winckel, den General-Feldmarschall Freiherrn v. Wrangel, den Oberst-Kämmerer Grafen v. Nedern, den Landrat v. Unruhe-Bomst, welcher die Orden seines verstorbenen Vaters zu überreichen die Ehre hatte.

(St.-Anz.)

**Berlin**, 27. Mai. Vor einigen Tagen hat das Obertribunal ein Urtheil erlassen, welches eine gewisse Wichtigkeit hat. Dasselbe bezieht sich auf den § 54 des Preßgesetzes. Nach diesem Paragraphen muß auf die Entziehung der Concession zum Gewerbebetriebe erkannt werden, wenn innerhalb eines Zeitraums von 5 Jahren zum drittenmale eine Verurtheilung wegen Preßvergehens erfolgt. Der erste und der zweite Richter hatten auf den Verlust dieser Beugniss nicht erkannt, weil die dritte Verurtheilung nicht innerhalb jenes Zeitraums, sondern erst kurz nach denselben erfolgt war, obgleich das Preßvergehen zum drittenmale allerdings innerhalb jenes Zeitraums verübt war. Das Obertribunal hat angenommen, daß es nicht auf die Zeit der dritten Verurtheilung, sondern auf die Zeit der dritten Verübung ankomme und den Angeklagten zum Verlust des Gewerbebetriebs verurtheilt. Diese Strafe ist um so härter, als sie ihm nicht bloß die Beugniss, eine Zeit herauszugeben, sondern auch das Buchdruckergeschäft zu betreiben, entzieht. Uebrigens konnte der § 54 des Preßgesetzes nur deswegen gegen ihn zur Anwendung gebracht werden, weil er nicht bloss als Nebenkaufer, sondern auch als Verleger in fünf Jahren dreimal verurtheilt worden war.

[Bekanntmachung.] Zu Folge des allerhöchsten Erlasses vom 3. November 1862 (a) unter der Firma „Königliche Commission für den Bau der Schlesischen Gebirgsbahn“ eingesetzte Behörde zur Ausführung der in Gemäßheit des Gesetzes vom 24. September 1862 (Gesetz-Samml. S. 317) für Rechnung des Staates zu erbauenden Eisenbahn von Kohlfurt und Görlitz über Lauban, Greiffenberg und Hirschberg nach Waldenburg nach dem von dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten festzustellenden Bauplan erforderlich sind, so wie das Recht zur vorübergehenden Benutzung fremder Grundstücke nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Eisenbahnunternehmungen vom 3. November 1838 zur Anwendung kommen soll. Zugleich genehmige Ich, daß die Ausführung des Baus der in Rede stehenden Eisenbahn einer besonderen Commission übertragen wird, welche an einem geeigneten Orte, dessen Bestimmung Ich dem Ministerium für Handel u. überlasse, ihren Sitz nehmen und unter der Firma „Königliche Commission für den Bau der Schlesischen Gebirgsbahn“ innerhalb des ihr zugewiesenen Geschäftskreises für die Dauer ihres Bestehens alle Rechte und Pflichten einer öffentlichen Behörde haben soll. Die Leitung des Betriebes auf der Bahn soll demnächst durch die Direction der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn erfolgen. Dieser Erlass ist durch die Gesetz-Sammlung bekannt zu machen. Berlin, den 3. November 1862.

(gez.) Wilhelm. (geg.) Graf von Iphenpli.

a. Ich bestimme auf den Bericht vom 18. Oktober d. J., daß das Recht zur Expropriation derjenigen Grundstücke, welche zur Ausführung der in Gemäßheit des Gesetzes vom 24. September 1862 (Gesetz-Samml. S. 317) für Rechnung des Staates zu erbauenden Eisenbahn von Kohlfurt und Görlitz über Lauban, Greiffenberg und Hirschberg nach Waldenburg nach dem von dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten festzustellenden Bauplan erforderlich sind, so wie das Recht zur vorübergehenden Benutzung fremder Grundstücke nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Eisenbahnunternehmungen vom 3. November 1838 zur Anwendung kommen soll. Zugleich genehmige Ich, daß die Ausführung des Baus der in Rede stehenden Eisenbahn einer besonderen Commission übertragen wird, welche an einem geeigneten Orte, dessen Bestimmung Ich dem Ministerium für Handel u. überlasse, ihren Sitz nehmen und unter der Firma „Königliche Commission für den Bau der Schlesischen Gebirgsbahn“ innerhalb des ihr zugewiesenen Geschäftskreises für die Dauer ihres Bestehens alle Rechte und Pflichten einer öffentlichen Behörde haben soll. Die Leitung des Betriebes auf der Bahn soll demnächst durch die Direction der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn erfolgen. Dieser Erlass ist durch die Gesetz-Sammlung bekannt zu machen. Berlin, den 3. November 1862.

An das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

[Fichte.] Ueber der Eingangsthür des Hauses Neue Promenade 9.10, woselbst Fichte vom Jahre 1800—1806 wohnte, ist die ihm von den hiesigen Mitgliedern des deutschen Nationalvereins gewidmete Gedenktafel nunmehr aufgerichtet. Das edle Haupt des Freiheitskämpfers schaute zum erstenmale nach dem Schloß hin, als dasselbe der Schluß der Kammer verkündet wurde.

[Unter den heute nachträglich vertheilten Druckvorlagen] für die Mitglieder des Abgeordnetenhauses findet sich ein Verzeichniß der bei dem Hause eingegangenen Zustimmungs- und der Misstrauensadressen. Die Nachweisung ergibt im Ganzen 318 Zustimmungsadressen mit 359,222 Unterschriften und 9 Misstrauensadressen mit 4031 Unterschriften.

[Ryno Duehl.] Die schon anderweitig bekannte Nachricht, daß der diesseitige Generalconsul in Kopenhagen, Dr. Ryno Duehl, nicht nur Besuch erhalten habe, sofort auf seinen Posten zurückzufahren, sondern daß gegen ihn auch die Disciplinaruntersuchung eingeleitet sei, wird von kundiger Seite bestätigt. Nach Vermuthungen, die gut orientierte Personen aussprechen, ist die literarische Begehung des Hrn. Duehl mehr der Anlaß als die Ursache der sich gegen ihn erhebenden Verfolgung. Die Partei, die jetzt Einfluß besitzt und gerade im Begriff ist, diesen zu erweitern, hat Herrn Duehl niemals gern gesehen. Selbst Hrn. v. Manteußel und der großen Gunst, welche dieser Minister seinem literarischen Assistenten schenkte, wurde es schwer, diesen zu halten, und die Versezung desselben nach Kopenhagen war in der That nicht sowohl eine Beförderung, als eine Befestigung. Hr. Duehl reist nun, seitdem mit dem Eintritt des Ministeriums Bismarck in vielen beachtenswerthen Kreisen der Glaube an die über kurz oder lang eintretende Rückkehr des Herrn v. Manteußel in die vor vier Jahren verlassene Stellung sich täglich mehr befestigt hat, ab und zu zwischen Kopenhagen und Berlin und zwischen Berlin und dem ländlichen Wohnsitz seines Gönners. Diese Reisen haben die Mischiebigkeit

des Generalconsuls Duehl bei den Personen, die ihm seine frühere Thätigkeit niemals vergessen konnten, wieder geweckt, und die Veröffentlichung einer in manichfacher Beziehung anstößigen Schrift die willkommene Gelegenheit geboten, ihn aus Gründen zu diszipliniren, welche selbst einem Ministerium Manteuffel nach dessen eventueller Restaurierung die Biedereinsetzung des Schülers in den vorigen Stand unzulässig erscheinen lassen müßten.

[Wiederholtes Dementi.] Die „Kreuzz.“ schreibt: „Gegenüber den wiederholten und unwahren Behauptungen einiger poseiner und rheinischer Blätter verschern wir auf Grund zuverlässiger Kenntnis nochmals, daß von einem Rücktritt des Ober-Präsidenten Horn zu Posen absolut nicht die Rede gewesen, von demselben auch ein derartiger Antrag nicht im Allermindesten gestellt worden ist.“

K. C. Berlin, 28. Mai. [Die gestern erfolgte Schließung der Session] hat natürlich dem Hause kaum noch unerwartet kommen können. Auf die Thatache selbst war man durch manichfache Andeutungen vorbereitet, und was die Rechtsfrage angeht, inwiefern die Session vor Erledigung des Budgets geschlossen werden durfte, so lag ja längst auf der Hand, daß man bei uns aufgehört hat, in den Fragen des Budgetrechts zu strudeln zu sein. Auch das braucht wohl nicht erst versichert zu werden, daß bei weiten den meisten Abgeordneten persönlich der Schluss der Session sehr willkommen war. Wie groß die Opfer sind, welche bei der gegenwärtigen Art von Parlamentarismus, wo der Gang der Session sich fast niemals länger vorausberechnet läßt und daher die Erfordernisse des bürgerlichen Lebens mit den parlamentarischen Pflichten nur schwer in Einklang zu bringen sind, von all den Familienvätern und Geschäftsführern im Hause gebracht werden, — das wird vom Publikum meistens sehr unterschätzt. Nach dieser Seite hin mußte daher natürlich den meisten Abgeordneten der Schluss der Session wie eine Befreiung erscheinen, die ihnen endlich gestattet, sich wieder den Freuden und Sorgen ihrer privaten Stellung zuzuwenden. Wichtiger ist, daß auch politisch der Schluss der Session — wie jetzt wohl gesagt werden kann — für das Hause ein Vortheil ist. Schon neulich hat der Abg. v. Vinde (Starzardt) hervorgehoben, welche taktische Fehler und in welcher Steigerung das Ministerium seit der Noorischen Episode gemacht hat; diese Bemerkung war durchaus treffend, und mit dem Schluss der Session hat nun das Ministerium diese schlerhafte Taktik vollendet. Die Gefahr freilich, welche die Rechtsfrage für die Einigkeit der bisherigen Majorität herbeiführt hatte, war glücklicherweise vollständig beseitigt; auch wenn das Ministerium nach dem einmal eingetretenen neuesten Conflict unter irgend welcher Form wieder im Hause erschienen wäre, so war doch der Standpunkt der Amendirung bei der Militärnovelle ein unmöglich gewordener und als aufgegeben zu betrachten; denn daß mit diesem Ministerium man nicht organisieren könne, war zur Gedenk erweckt. Dafür hatte die Situation der letzten vierzehn Tage neue Gefahren gebracht. Der Zustand, daß eine Volksvertretung ohne Minister berathen soll, ist ein so unerhörter, daß man sich nicht wundern darf, wenn die Majorität sich nicht sofort mit voller Einmuthigkeit darin zurecht fühnen konnte. Bei der Neuthet unseres Verfassungslabens und Verfassungstamps war eine gänzliche Einstellung aller parlamentarischen Geschäfte dem Volke gegenüber nicht ohne Bedenken. Auch wie weit die eigentlich legislatorischen Arbeiten noch fortgeführt werden konnten, mußte Gegenstand manichfacher Erwägungen sein. Eine besondere Frage endlich bildete das Budget. Es kann nicht geleugnet werden, daß nach der Rechtsanschauung des ganzen Hauses das Gesetz über den Staatshaushalt-Etat eine Nothwendigkeit ist, politisch und constituirte so sehr eine Nothwendigkeit, daß der Fall, ein solches Gesetz läge nicht zu Stande, gar nicht statuirt werden dürfe. Von diesem Rechtsstandpunkte aus wäre also die Budgetberathung einfach fortzusetzen gewesen. Andererseits aber war die Nichtvothlung des Budgets die schärfste Waffe gegen die Regierung, zwar nicht gegen das budgetlose Regiment an sich, wohl aber wegen der Verlegenheiten, welche der Finanzverwaltung für die Kassenführung und Buchung aus der Budgetlosigkeit erwachsen. Die Frage steht also getheilt, und die Meinungen waren ebenfalls getheilt, und es ist zweifelhaft, ob sich über diesen wichtigsten Punkt sofort die nötige Einigkeit hätte finden lassen. Der rasche Schluss der Session hat nun alle die Bedenken beseitigt, das Haus ist in der Einmuthigkeit, welche die Adresse bekundet, geschieden, und es wird nun Sache des Landes sein, den guten Kampf, den seine Vertretung geführt, mit gleicher Einmuthigkeit aufzunehmen und durchzuführen.

[Gemeinsames Abschiedessen.] Eine große Anzahl Abgeordnete, Mitglieder der beiden großen Fraktionen, hielt gestern Abend ein gemeinsames Abschiedessen. Präsident Grabow brachte ein Hoch auf das Abgeordnetenhaus, Abg. v. Unruh erwiderte mit einem Hoch auf die drei Präsidenten des Hauses; Herr v. Bodum-Dolffs gedachte der Einheit der beiden Fraktionen; andere Toate galten dem Vaterlande, der Presse und ihren — als Gäste — anwesenden Vertretern. Es herrschte eine belebte, aber ernste Stimmung. Die Abgeordneten reisten in die Heimat mit dem Bewußtsein, daß sie der Zustimmung ihrer Wählerchaften gewiß sein dürfen.

**Königsberg**, 28. Mai. [Über das Verbot der Stadtverordneten-Sitzung] bringt die „A. H. Z.“ nichts als folgende Notiz: Zur gestern war eine extraordinaire Sitzung der Stadtverordneten per Currrente berufen worden, die, wie wir hören, über eine an Se. Majestät den König zu erlassende Adresse berathen sollte. Als sich die Stadtverordneten einfanden, war der Sitzungssaal verschlossen und an einer Thüre ein Plakat folgenden Inhalts befestigt: „Die zu heute Nachmittag anberaumte Stadtverordneten-Sitzung findet nicht statt, da die Abhaltung derselben durch Verordnung der königlichen Regierung vom heutigen Tage untersagt ist.“ Königsberg, den 27. Mai 1863. Diekert.

**Danzig**, 27. Mai. [Opferbereiter Patriotismus, ein Vorbild für ganz Preußen.] Die gestrige, von ca. 300 Mitgliedern besuchte Versammlung des politischen Vereins der Liberalen des danziger Wahlkreises hat nach einer längeren, sehr lebhaften Debatte den Antrag des Hrn. Rechts-Anwalt Lipke:

zu erklären, „daß, so wünschenswerth auch das Zustandekommen der Danzig-Neufahrwasser-Eisenbahn für das Local-Interesse der Stadt Danzig ist, doch darauf verzichtet werden muß, wenn dasselbe nur durch eine in gegenwärtigen Ministerium zu bewilligte neue Anleihe oder Vermehrung einer bereits zu anderen Zwecken bewilligten Anleihe bewältigt werden kann“, mit allen gegen ca. 15 Stimmen angenommen.

Der Antragsteller begann mit der Erinnerung an die jüngst im Herrenhause gehaltene Rede des Herrn v. Kleist-Rehov. Derselbe habe erklärt, „der Handelsstand kenne keine höheren Interessen, als Kauf und Verkauf; Ruhe sei ihm unter jeder Bedingung die Hauptrache, und habe er diese, so vertrage er sich mit jeder Regierung, mit jedem Vaterlande.“ Die von ihm eingebrachte Resolution beruhe dagegen auf der durch die neueste Geschichte bewährtesten Ansicht, daß gerade der wahre Sinn für Freiheit, Gerechtigkeit und Recht vorzugsweise im Bürgerstande zu finden seien. Daß die Bahn Danzig-Neufahrwasser eine Nothwendigkeit sei, darüber walte kein Zweifel, das habe auch die Commission des Abgeordnetenhauses anerkannt. Die Commission habe beschlossen, diesem Ministerium die verlangte Anleihe von 1,100,000 Thlr. nicht zu bewilligen. Wer die letzten Verhandlungen im Abgeordnetenhaus verfolgt habe, der könne über die Richtigkeit dieses Beschlusses nicht zweifelhaft sein. Das Ministerium habe ausdrücklich ve. weigerte Ausgaben gemacht. Wenn wir die von dem Abgeordnetenhaus gegen das Ministerium erhobenen Anklagen für gerechtfertigt hielten, so müßten wir es auch unterstützen in den Mitteln, die es anwendet, um einen ver-

saffungsmäßigen Zustand herzustellen. In anderen konstitutionellen Staaten gäbe es ein einfaches Mittel, ein Ministerium zu seiner verfassungsmäßigen Pflicht zurückzuführen, das Recht der Steuerverweigerung. Bei uns habe die Volksvertretung nach der Verfaßung (Art. 109) dieses Recht nicht. Dagegen habe das Haus das Recht, Anleihen zu bewilligen oder abzulehnen. Dieses Recht sei das einzige wirkame Mittel. Wollte man dagegen einwenden, es handle sich ja nur um eine kleine Summe und es treibe nur Prinzipienreiterei, so sei darauf zu erwidern, daß das Abgeordnetenhaus ein Prinzip festhalten müsse; die Summe sei allerdings gering, aber eben so gut könne morgen das Ministerium eine Anleihe von 2 Millionen für Breslau und übermorgen 3 Millionen für Königsberg fordern. — Es handle sich hier für uns um unsere politische Ehre und wir alle hätten die Verpflichtung, sie zu wahren. Redner verweist auf die Verhandlungen des vereinigten Landtages von 1847. Damals hätten v. Saucken, v. Auerswald etc. gegen die Anleihe für die Ostbahn gestimmt, obschon dies eine Lebensfrage für die Provinz gewesen. Was man auch später an dem politischen Verhalten dieser Männer auszusegen habe, sie hätten sich damals um das Land durch diesen Beschuß verdient gemacht. Damals habe es gegolten, das Verfassungsleben einzuführen, heute gelte es, dasselbe zu wahren.

## Deutschland.

**München**, 26. Mai. [Ausweisung der Polen.] Mehreren Polen, welche hier verweilten, war theils wegen zwecklosen Aufenthalts, theils wegen Mangels an Legitimation und Subsistenzmitteln Termin gesetzt worden, sich von München zu entfernen. Nicht alle kamen dieser amtlichen Weisung nach, daher einige nach Ablauf der bestimmten Frist arreist und zwangsweise nach den Grenzorten Ulm oder Lindau transportiert worden sind. Mehrere sind von den hiesigen Polizeidirection noch signalisiert und deren Personalbeschreibung wurde den sämtlichen Sicherheitsorganen mitgetheilt, um dieselben im Falle des Betretens zu arretieren. Österreich verfährt, wie versichert wird, mit den vom Insurrektionsschlag zurückkehrenden Polen auf dieselbe Weise, indem man sie bis Salzburg mittels polizeilicher Begleitung bringen läßt und ihnen dann Fahrgeld bis München gibt. Was Württemberg und die Schweiz damit auffangen, ist hier noch nicht bekannt geworden. (N. Pr. 3.)

[Verbot.] Das Ministerium hat auf den Grund des Art. 28 des Vereinsgesetzes (Disciplinarvorschriften für Lehranstalten werden vom Vereinsgesetze nicht berührt) den Schülern der polytechnischen, der Bau- und Ingenieurschulen die Theilnahme an Turnvereinen verboten.

**Hannover**, 25. Mai. [Die Fortschrittspartei.] Das neue Ministerium. — Zur Vorhersage. Die Wahlbewegung verbreitet sich allmählich über das ganze Land. Von Tag zu Tag mehrern sich die Beiträge-Erläuterungen zu dem Programm der Fortschrittspartei. Dasselbe findet den Beifall aller Schattirungen der großen freiheitlichen Partei, und zwar um so mehr, je mehr diejenige die legitime Fortschrittsseinen Inhalt anzugeben ver suchen. Leider muß sich das Land der traurigen Nothwendigkeit sagen, noch einmal nach einem Wahlgesetz zu wählen, bei dem das Loos eine Hauptrolle spielt. Es werden nämlich in den Städten die Wahlversammlungen gebildet durch die sämtlichen stimmberechtigten Mitglieder des Magistrats, durch eine gleiche Anzahl von Bürger-Vorsteibern und eine eben so große Anzahl von den Bürgerschaft zu ernennender Wahlbürgern. Ist nun, wie das in der Regel der Fall, die Zahl der Bürgervorsteher größer, als die der stimmberechtigten Magistratspersonen, so wird ein entsprechender Theil der Bürgervorsteher durch das Loos ausgeschieden. Da ferner die Wahlbürgern nach den Bürgervorsteher-Vorjahren, nicht also von der ganzen Stadt gewählt, so müssen auch die Bezirke ausgelöst werden, welche für dieses mal wählen sollen. Eine solche Wahlart, wobei schon nach dem Gesetz der Zusatz entscheiden soll, ist wohl ohne Beispiel in konstitutionellen Staaten. Das Loos bestimmt einen Theil der Wähler, und ein Theil der Stadt hat für diesmal überall nicht zu wählen. In verschiedenen Städten hat dieser merkwürdige Art der Auslosung bereits stattgefunden, und ist solche, so viel man vernimmt, zu Gunsten der Fortschrittspartei ausgefallen. Der Dr. Oppermann in Nienburg hat sich das Verdienst erworben, daß auch noch durch andere eigenhümliche Besitzungen sich auszeichnende Wahlbezirke mit erläuternden Anmerkungen neu herauszugeben, und können wir es uns nicht versagen, auch die Nichthannoveraner, denen daran gelegen ist, die gesetzberufige Weisheit der Reaction in ihren besonders hervorleuchtenden Schöpfungen kennen zu lernen, auf das interessante Büchlein aufmerksam zu machen. Eine andere Wahl-Flugschrift wendet sich an die Landesleute und erinnert diese daran, daß sie der freiheitlichen Partei es verdanken, wenn ihre Lage in den letzten Jahren besser geworden ist. — Das neue Ministerium führt fort, sich durch Männer der Südwesischen Partei zu verstetigen. Der Ernennung des Märzministers Braun zum Landdrosten in Stade ist die Ernennung des Obergerichts-Bürodirectors Francke zum Ober-Justizrat gefolgt. Das gegenwärtige Ministerium wird sich im Wesentlichen nur auf die katholische Partei, deren Führer der Justizminister Windorf ist, und auf die Scheinconstitutionellen stützen können. Die Südwesische Partei ist indeß wegen des ausgeprägten partikularistischen Sinnes ihres Leiters von Jahr zu Jahr zusammengezogen. Alle national-gesinnten Männer haben sich von ihr zurückgezogen. Mit seiner Willkür für den Bundestag, wo Österreichs Einfluß vorherrscht, steht Stüve, so viel die liberale Partei anlangt, so ziemlich vereint da. Daß der einheitliche Geiststaat Österreich zur Vermehrung seiner Macht und seines Einflusses neben sich ein zerstreutes und ohnmächtiges Deutschland wünscht, ist begreiflich, daß aber Deutsche in Hannover, in Sachsen, in Bayern neben dem einheitlichen Österreich kein einheitliches Deutschland wollen, dafür haben wohl außer den Utramtonten nur noch eingestellte Partikularisten ein Verständnis, die selber mit dem Ganzen untergehen, als auch nur den geringsten Theil der ohnmächtigen Sonderstellung aufzugeben wollen. — Die Vorbereitungen zu den Wahlen für die Vorhersage sind gleichfalls getroffen. Unser Land steht daher gegenwärtig an einem bedeutsamen Wendepunkte. Die Wahlen zur Vorhersage und zur Ständeversammlung werden darüber entscheiden, welchen Entwicklungsgang der hannoversche Volksstamm in näch

werde. Wie weit diese Zuversicht geht, erhellt am besten daraus, daß er dem Kriegsminister die Regimenter bezeichnet hat, welche er als künftige Garnison von Rom verwenden will, und daß jetzt schon daran gearbeitet wird, diese Regimenter in Paradezustand zu sezen. So abenteuerlich diese Nachricht auch klingen mag, wir bürgen dafür, daß sie Wort für Wort wahr ist. Daß übrigens in den Tuilerien wieder ein Italien günstiger Wind zu wehen beginnt, dafür fehlt es nicht an bedeutenden Anzeichen. Der König hat erst dieser Tage wieder einen Brief vom Kaiser Napoleon erhalten, welcher von Freundschafts-Versicherungen überstießt. Man spricht auch allen Ernstes von der baldigen Abberufung des französischen Gesandten Grafen Sartiges und dessen Ersetzung durch einen der hiesigen Regierung freundlicher gesinnten Diplomaten. Merkwürdiger Weise sind auch jetzt die Gerüchte über die Uebernahme der Minister-Präsidentenschaft durch Ricasoli hartnäckiger als je, und man erwartet, daß derselbe in seiner Ansprechrede in klaren und deutlichen Worten den baldigen Besitz Roms versprechen werde. (Trier. 3.)

### Frankreich.

**Paris.** 25. Mai. [Die Wahlen.—Prozeß wegen Verbindung mit Juarez.] Die Journale beschäftigen sich nur noch mit den Wahlen, und die Gespräche der Einzelnen ahnen ihnen nach. Die Regierung selbst legt natürlich ungeheuren Wert auf einen günstigen Erfolg, kennzeichnet sich jedoch mit ihrer ganzen Schwäche und Empfindlichkeit, wenn sie sich für gefährdet erachtet, sobald von etwa 280 Deputirten nur 260 völlig ergeben sind! Der Unterschied gegen andere constitutionelle Staaten ist auffallend, in England z. B. wurde die Regierung triumphieren, ständen ihr von 280 Stimmen selbst nur 150 sicher zu Gebote; in Preußen glaubt das Ministerium sogar mit etwa 20 Stimmen gegen 350 regieren zu können! Hier tobt man, sobald nur ein Orleanist dem Kaiser den Eid leistet, um als Kandidat aufzutreten, und doch scheint in den drei wichtigsten Städten des Reiches jene Partei des Sieges gewiß zu sein. Nach den täglich einlaufenden Berichten der Präfeten wird in Paris von der offiziellen Candidatenliste vielleicht nur ein Einziger durchgebracht, M. Königswarter, der gelegentlich einiger finanzieller Fragen mit der Opposition gestimmt hatte. In Marseille gilt die Wahl Berryer's, des Legitimisten, und Marie's, des Republikaners, als gesichert neben der noch etwas zweifelhaften von Thiers. Interessant wäre, wenn die bedeutendste Hafenstadt je einen von den drei wichtigsten Parteien, aber keinen Napoleonisten in den geschiedenen Körper schicke. Straßburg ist angeblich begeistert für Odilon Barrot, der für gut gefunden hat, seit mehreren Wochen seinen Aufenthalt in der Grenzfestung zu nehmen. — Es ist früher gemeldet worden, daß ein großer Theil der Frankreich ungünstig, aber auf Wahrheit beruhenden Correspondenzen aus und über Mexico hier fabriziert werden, daß namentlich der „Courrier du Dimanche“ direkte Mittheilungen der Agenten des Präsidenten Juarez zu erhalten scheine. Der Regierung war diese Thatsache natürlich schon früher bekannt gewesen, sie hatte jedoch bisher vergeblich nach den Verfertigern gesucht. Endlich ist es ihr gelungen, sich die Beweise zu verschaffen, daß fünf Personen verborgene Verbindungen mit dem feindlichen Gouvernement unterhalten und im Interesse des Letzteren den französischen Journalen Mittheilungen machen. Die fünf Gravuren sind verhaftet worden und sehen ihrer Verurtheilung entgegen, die eben so wenig wie im vorigen Jahre gegen den Marquis de Flers ausbleiben wird. Natürlich hat man den Journalen Stillschweigen befohlen. (Voss. 3.)

### Nußland.

#### Unruhen in Polen.

**Warschau.** 27. Mai. [Ein Detachement russischer Truppen,] das als Bedeckung von Gefangenen und Rekuten Lublin verlassen hatte, wurde am 25. d. gegen Mittag in der Nähe von Wionzowno von einer 600 Mann starken Truppe unter Jankowski angegriffen. Die Insurgenten wurden zurückgeschlagen und unter großem Verlust verfolgt. Gegen 5 Uhr Nachmittags wurde dieselbe Truppe von einem aus Minsk abgesandten Detachement angegriffen, geschlagen und vollständig zerstreut. Die Insurgenten verloren mehr als 60 Tode, 39 Gefangene, viele Waffen und ihr ganzes Gerät.

Die Insurgenten, die sich in den Wäldern bei Radym im Kreise Seyny, Gouvernement Augustowo gesammelt hatten, sind am 21. d. mit Verlust von 100 Toden zersprengt worden.

\* \* \* [Curiosum.] Nach einer Zusammenstellung des amtlichen in Warschau erscheinenden „Dien. Powoz.“ sind seit dem 22. Jan. bis jetzt von den Insurgenten 7336 Mann gefallen, von den Russen 114. — (Man weiß in der That nicht, soll man mehr über die Dummheit oder die Frechheit dieses Journals staunen, welches den Lesern zumuthet, eine solche unerhörte Albernheit zu glauben! —)

**Aus Polen.** 27. Mai. [Der Operationsplan der Russen.] Wie bereits bekannt, fuhr am 24. d. M. ein General des königlich-königlichen Kriegsbezirks nach Wreschen, um dort mit dem preußischen General von Werder zu konferiren. Aus Warschau erfahren wir soeben, daß diese Konferenz auf Befehl des Großfürsten stattfand und zum Zweck hatte, den preußischen Militärhoch des wreschen Bezirks von den nahe bevorstehenden Operationen der diesseitigen Truppen in Kenntnis zu sezen. Diese sollen nun darin bestehen, daß man die Insurgenten soviel als möglich in der Richtung nach Warschau zu drängen suchen wird, um sie dann von mehreren Seiten angreifen zu können. Der General Berg will von dem bisher in praxi gewesenen Kriege in kleinen Abtheilungen und der Zersplitterung der Streitkräfte gänzlich absehen, und seine Manipulationen so einrichten, daß die Truppen sich in den größern Städten und näher der Hauptstadt concentriren, um jeden Augenblick in größern Massen verwendet werden zu können. Man glaubt fest daran, daß auch die Insurgenten nunmehr ernstlich damit umgehen, aus dem bisher geliebten Guerillakrieg heraus zu einem Angriff auf die Hauptstadt überzugehen. Dass sie hierbei auf eine starke Unterstützung von Seiten der Stadt selbst rechnen, liegt am Tage, und ein darauf bezüglicher Plan, welcher in die Hände der Russen gerathen, spricht sich dahin aus, daß am selben Tage, wo der Angriff von außen stattfinden werde, auch der Aufstand im Innern der Stadt ausbrechen soll, und man so den Feind in die Mitte zu nehmen gedenkt. Die Maßnahmen werden von russischer Seite auch dahin getroffen, daß die Stadt im Zaume gehalten und zugleich der von außen andrängende Feind nicht nur abgehalten, sondern auch verfolgt und geschlagen werden kann, ohne die zum Schutz der Stadt bestimmte Macht zu schwächen. Die Besatzung der Stadt hängt mit der Besatzung der Citadelle gar nicht zusammen, wenngleich sie sich gegenseitig zur Hilfe sind und jeden Augenblick gemeinschaftlich operieren können.

Der Militär-Gouverneur von Wilna, General Nasimow, hat eine Instruction zur Verhügung Lithauens ausgearbeitet, welche auch vom Kaiser genehmigt und dem General Murawiew zur Vollziehung übergeben ist. Nach dieser Instruction erhält jede Gemeinde einen Offizier mit 5 Kosaken und 10 Schützen, welchen sich noch 10 Vertrauensmänner aus den Gemeinden anschließen. Letztere werden von den Gemeinden mit Pferden und Wagen versehen, um sich selbst und die Infanteristen schnell von einem Orte zum anderen zu

schaffen. Der sie führende Offizier hat zugleich die Ortspolizei, deren Civilbeamte ihm über alle verdächtigen Vorgänge zu berichten haben. Selbstverständlich haben diese Offiziere wieder die Verpflichtung, an ihren gemeinschaftlichen Chef zu berichten, so daß dieser von Allem unterrichtet, nöthigenfalls die Mannschaften schnell zusammenziehen kann, um Häuser, Gehöfte, Waldungen zu durchsuchen und zusammengetretene Haufen zu zerstreuen. Die eingereichten Bauern erhalten täglich 25 Kopeken zu Lebensmitteln und Fourage. (Pos. 3.)

[Revolutionäre Presse.] In Warschau erscheinen jetzt 6 von der National-Regierung concessionirte geheime politische Zeitschriften. Sie sind: „Dziennik Narodowy“ (National-Zeitung), „Ruch“ (Bewegung), „Prawda“ (Wahrheit), „Najrzos“ (Vorwärts), „Straznica“ (Wache), „Nowiny w Wiedomosci z pola bitwy“ (Neuigkeiten und Nachrichten vom Schlachtfelde). Die beiden erstgenannten Blätter sind offizielle Organe der National-Regierung.

\*\* Der „Gaz“ vom 27. d. meldet: Am 25. kämpfte das Olsinski'sche Insurgenten-Corps, von 2 anderen Abtheilungen unterstützt, bei Koniecpol an der Pilica mit 5 bis 6 Rotten russischer Infanterie, und blieben die Insurgenten Sieger. Die Russen verloren 150 Mann an Todten, die Insurgenten dagegen nur einige 20 und waren 16 schwer verwundet, darunter 5 Bürger aus Koniecpol. Während des Kampfes hatten die Russen die Scheuern auf dem Berge bei Koniecpol in Brand gesteckt, der aber nach Abzug des Feindes gedämpft wurde, so daß die Stadt von der ihr drohenden Feuergefahr verschont blieb. (S. die Mitth. aus Sobnowice im gestr. Morgenbl.)

○ **Landsberg O. S.**, 28. Mai. [Die Russen werden gefoppt und rägen sich auf ihre Weise. — Polnische Gendarmen. — Gerüchte.] Am 26. Abends denuncirte ein Bauer der Militärbehörde in Wielun, daß sich in und um Tokari, einem Dorfe dem diesseitigen Wyttoka gegenüber, Insurgenten aufhielten. Sofort rückten 2 Rotten Infanterie und 50 Mann Kosaken und Grenzoldaten aus, um die ganze Gegend abzusuchen. Vergeblich durchstreiften sie die Wälder und suchten in Tokari nach Insurgenten und Waffen; sie fanden nichts. Auch der Vächter von Tokari, Sieradzki, konnte ihnen keine Auskunft geben. In Folge dessen wurde er jedoch so mishandelt, daß er frank daniederlegte und auch an seinem Eigenthume wurde ihm durch Berücksichtigung nicht unbedeutender Schaden zugesetzt. Eine von den Kosakenpatrouillen fand im Walde bei Szyskow, dicht an unserer Grenze, einen alten Mann, der Pilze suchte. Sie hielten ihn für einen polnischen Geistlichen und schleppten ihn unter Mißhandlungen nach Szyskow, wo sie ihn jedoch auf die Versicherung des Scholzen, daß er dortiger Landbesitzer sei, wieder entließ. — Sonnabend, am 23. d. Mts., zeigten sich in Ozaloszin und Kerzepice die ersten polnischen Gendarmen. Sie durchstreiften in Uniform die Gegend, um Spione zu verhaften und kleine russische Patrouillen aufzuheben. Man spricht hier von einem großen Gefechte bei Lodd, doch ist bis jetzt weder die Bestätigung des Gerüchtes, noch irgend Nächstes über das Gefecht selbst eingetroffen.

△ **Breslau.** 29. Mai. [In Sachen des Nationalfonds] hat das Obertribunal das zweite (freisprechende) Erkenntniß des hiesigen Appellations-Gerichts vernichtet, und auf die Recursbeschwerde die Herren Rohmann, Redacteur des „Schlesischen Morgenblatts“, zu 5 Thlr., Nomack, Mit-Redacteur der „Schlesischen Zeitung“, zu 5 Thlr., Weber, Redacteur der Freundschen „Morgenzeitung“ in eine zusätzliche Buße von 2 Thlr. und Dr. Stein, Redacteur der Breslauer Zeitung zu 3 Thlr. verurtheilt. Es ist angenommen, daß der Nationalfond eine Stiftung zu milden Zwecken sei und die Aufrichterung zu Beiträgen also unter den § 99 der Polizeiverordnung falle. Das Appellationsgericht soll in jure und nicht in facto gerichtet haben.

**Breslau.** 29. Mai. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Matthias-Straße Nr. 58 zwei Paar grüne Lederhosen, ein Paar Stiefeln und eine überne Cylindrerkut mit Goldrand und römischen Zahlen; einer Dame ein Portemonnaie mit 5 Thaler Inhalt.

Verloren wurde: eine überne Ankeruhr, auf der äußeren Seite des Gehäuses befindet sich die Nr. 12,286, auf der inneren Seite derselben dagegen die Nr. 10,045.

Angekommen: Se. Durchlaucht Fürst Hatzfeld und Diener aus Schloß Trachenberg.

### Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grad, in Pariser Einheiten, die Temperatur, für die Luft nach Raumtemperatur.	Barometer, +8.8	Lufttemperatur, 20.	Windrichtung und Stärke,	Wetter.
29. Mai 10 u. Ab.	334,34	+8.8	R. O.	Trübe.
29. Mai 6 u. Morg.	334,02	+9.4	W. I.	Überwölkt.

**Breslau.** 29. Mai. [Wasserstand.] O.-P. 15 J. 8.3. U.-P. 1 J. 10.3.

### Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

**Paris.** 28. Mai, Nachm. 3 Uhr. Die 3pro. begann in Folge der Nachrichten aus Berlin in mitter Haltung zu 69, 45, wich bis 69, 92 und folgt unbelegt zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 92% eingetroffen. — Schluss-Course: 3pro. Rente 69, 35. Italien. 5pro. Rente 72, 35. Itali. neueste Anleihe 73, 40. 3pro. Spanier 51 1/4. 1pro. Spanier —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 477, 50. Credit-mobilier-Aktien 1415, —. Lomb. Eisenbahn-Aktien 563, 75.

**London.** 28. Mai, Nachm. 3 Uhr. Türkische Consols 51 1/4. Silber 61 1/4. Better schön. — Consols 92%. 1pro. Spanier 48 1/2. Mexikaner 35%. 3pro. Russen 95. Neue Russen 91 1/2. Sardinier 88.

Der Dampfer „Oneida“ ist von Rio Janeiro in Lissabon, der Dampfer „Cambrian“ vom Cap mit der Post vom 20. April eingetroffen.

**Wien.** 28. Mai, Mitt. 12 Uhr 30 M. Börsen günstig und fest. 3pro. Metall. 75, 90. 4 1/2 pro. Metall. 68, —. 1854er Loose 94, 75. Bank-Aktien 791, —. Nordbahn 171, 30. National-Anleihe 80 80. Credit-Aktien 192, 30. Staats-Eisenbahn-Aktien-Gert. 214, 50. London 11, 25. Hamburg 83, 20. Paris 44, 20. Gold —. Silber —. Böhmisches Westbahn 161, 50. Lombardische Eisenbahn 253, —. Neue Loose 123 —. 1860er Loose 97, 75.

**Frankfurt a. M.**, 28. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 M. in. Die Ultimo-Regulirung geht bei günstigerer Stimmung für österreichische Effekten leicht von statthen. Umsatz bleibt. — Böhmisches Westbahn 71%. Finnlandische Anleihe 90%. — Schluss-Course: Ludwigsbahn - Verbach 141%. Wiener Bausel 105%. Darmstädter Bankaktien 235. Darmst. Bettelbank 255. 3pro. Metall. 66 1/4. 4 1/2 pro. Metall. 61. 1854er Loose 83 1/2. Deut. National-Anleihe 70%. Oesterr. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 223%. Oesterr. Bank-Aktien 832. Oesterr. Credit-Aktien 202%. Neueste Oesterr. Anleihe 88%. Oesterreich. Elisabeth-Bahn 185. Rhein-Nahe-Bahn 33 1/4. Mainz-Ludwigsbahn Litt. A. 127.

**Hamburg.** 28. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 M. Fest bei gutem Geschäft. Finnlandische Anleihe 89. — Schluss-Course: National-Anleihe 72. Oesterr. Credit-Aktien 86. Vereinsbank 103%. Norddeutsche Bank 105%. Rheinische 101%. Nordbahn 63 1/2. Disconto —. Wien —. Petersburg —.

**Hamburg.** 28. Mai. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhig, ab auswärt. stille. Roggen loco unverändert, ab Danzig eher flauer zu 71 1/2 per Sept.-Okt. zu haben. Öl niedriger, pr. Mai 31%, pr. Okt. 29 1/2%. Kaffee in günstiger Stimmung; verkauft schwimmend 3500 Sac Santos; loco guttes Consum-Geschäft.

**Liverpool.** 28. Mai. [Baumwolle.] 5000 Ballen Umsatz. — Preise gegen gestern unverändert.

**Berlin.** 28. Mai. Wir hatten heute eine lebhafte Börse als seit gerauer Zeit. Auch die Haltung war entschieden günstig. Die bis jetzt zurückgehaltene Kauflust, deren Vorhandensein sich selbst an den stillsten Börsen in einer selten unterbrochenen Festigkeit ausstrahlt, trat fast in allen Effekten-Gattungen hervor, so daß nicht nur der Courstanz häufig eine erhebliche Besserung erfahren hat, sondern auch der Umfang des Geschäfts sich im Vergleich zu der Lebhaftigkeit der früheren Börsentage wesentlich erweiterte. Dies war vor allem in inländischen Eisenbahn-Aktien und Fonds und in österreichischen Papieren der Fall. Eine Schranke fanden die Umsätze hauptsächlich in dem fast allgemeinen Beharren der Inhaber auf höheren Forderungen, zum Theil auch in den lokalen Erfahrungen, mit welchen das Börsengeschäft bei ungünstiger Sommer-Witterung zu lämpfen hat. Hervorzuheben ist ein nicht unbedeutender Verkaufsantritt in preußischen Fonds, anscheinend durch die gestrige Landtagsschließung auswärts hervorgerufen, doch begegneten die Angebote hier der willigen Kauflust. Der Geldmarkt blieb schwierig. (B. u. H. 8.)

### Berliner Börse vom 28. Mai 1863.

#### Fonds- und Geld-Course.

Freiwill. Staats-Anl. von 1859	101 1/2	G.	Dividende pro 1861 1862 Zf.
Staats-Anl. von 1859	105 1/2	bz	Aachen-Düsseldorf 3 1/2 3 1/2 93 G.
dito 1850	92 4	bz	Aachen-Mastrich 0 0 4 34 1/2 G.
dito	1854 1/2	bz	Amster.-Rott. 5 1/2 6 4 101 1/2 etw. bz. u. G.
dito	1855 1/2	bz	Berg.-Märkische 6 1/2 6 4 107 1/2 bz.
dito	1857 1/2	bz	Berlin-Anhalt 8 1/2 8 1/2 149 1/2 bz.
dito	1859 1/2	bz	Berlin-Hamburg 6 6 4 121 21 bz.
dito	1853	bz	Berl.-Potsd.-Mtg. 11 14 4 182 bz.
dito	1854	bz	Berlin-Stettin 7 1/2 7 1/2 137 1/2 bz.
dito	1856	bz	Böh. Westb. — 5 13 1/2 bz.
dito	1857	bz	Breslau-Freib. 6 8 4 134 bz.
dito	1859	bz	Cöln-Minden 12 1/2 12 1/2 175 bz.
dito	1853	bz	Cösl.-Oderberg 0 0 4 64 1/2 bz.
dito	1852	bz	dito St.-Prior. — 4 1/2 94 B.
dito	1854	bz	dito dito 5 9 4 141 G.
dito	1855	bz	Ludwigsh.-Bexb. 8 9 4 141 G.
dito	1856	bz	Magd.-Halberst. 22 1/2 25 1/2 — — —
dito	1857	bz	Magd.-Leipzig 17 17 4 4 — — —
dito	185		